

Ressort: Auto/Motor

Justizministerium will Neuausrichtung des Kraftfahrzeugbundesamts

Berlin, 11.11.2016, 17:08 Uhr

GDN - Das Bundesjustizministerium fordert nach dem Vorwurf der Klüngelei gegen das Kraftfahrtbundesamt (KBA) im Zuge der Aufarbeitung des Diesel-Skandals Konsequenzen für den Aufgabenbereich der Behörde. "Der Verbraucherschutz soll auch beim Kraftfahrzeugbundesamt gleichrangiges Aufsichtsziel werden", sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Justiz- und Verbraucherministerium, Ulrich Kelber (SPD), dem "Handelsblatt".

Zuvor war bekannt geworden, dass das Kraftfahrt-Bundesamt sich für einen umstrittenen Bericht zu überhöhten Abgaswerten nach dem VW-Skandal eng mit deutschen Autobauern abgestimmt haben soll. Das soll aus E-Mails hervorgehen, die mehrere Medien einsehen konnten. "Das Kraftfahrtbundesamt versteht sich leider zu sehr als Partner der Industrie. Darunter leiden am Ende auch die Verbraucher", sagte der Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbands (VZBV), Klaus Müller, der Zeitung. Der Autoskandal zeige, dass das KBA nach 65 Jahren "dringend reformiert" werden müsse. "Dazu gehört ein neuer Auftrag und frisches Personal."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-80754/justizministerium-will-neuausrichtung-des-kraftfahrzeugbundesamts.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619